KANTON LUZERN

Kantonsrat

Sitzung vom: 30. November 2015, vormittags

Protokoll-Nr. 439

Nr. 439

Legislaturprogramm 2015–2019, Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Kenntnisnahme (B 6). Detailberatung, Bemerkung, Kenntnisnahme

Das Legislaturprogramm 2015–2019 wurde von der Planungs- und Finanzkommission (PFK) vorberaten. In deren Namen beantragt der Kommissionspräsident Marcel Omlin, auf die Vorlage einzutreten und das Legislaturprogramm 2015–2019 zur Kenntnis zu nehmen. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann habe der PFK das Legislaturprogramm am 13. November 2015 präsentiert und auf einige Besonderheiten hingewiesen. Die Fraktionen hätten ihre Bemerkungen und Feststellungen eingebracht. In allen Voten sei auf die unterschiedlichen Aussagen der politischen Ansichten im Besonderen eingegangen worden. Den einen sei es wichtig gewesen, das Projekt Waffel am Seetalplatz zu löschen, für die anderen sei vor allem die Bildung von grosser Bedeutung gewesen. Selbstverständlich sei vermehrt auf die finanzielle Situation des Kantons Luzern verwiesen worden, welche in der Einzelbetrachtung wohl eher nicht dem Legislaturprogramm entsprechen würde. Verschiedene Aussagen im Legislaturprogramm seien als zu schwammig und wenig aussagekräftig gewertet worden. Der Kanton Luzern sei in den letzten Jahren massiv gewachsen, was die Bevölkerungsstruktur angehe, aber die Aufwendungen für Infrastruktur und Bildung würden gesenkt, auch die Steuererträge seien nicht so eingetroffen, wie prophezeit. Schliesslich sei auch auf die Diskrepanz zwischen Zielen und Massnahmen hingewiesen worden. Die PFK sei einstimmig auf die Vorlage eingetreten. Drei Anträgen zufolge sei zwei Mal abzustimmen gewesen. Die Kenntnisnahme habe zu Lasten der Ablehnung obsiegt. In der Schlussabstimmung sei die neutrale Kenntnisnahme mit 14 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen worden. Er bitte den Rat, der Haltung der PFK zu folgen.

Im Namen der CVP-Fraktion tritt Guido Roos auf die Vorlage ein. Das Legislaturprogramm lege dar, wie die Strategieziele durch den Regierungsrat in der kommenden Legislatur umgesetzt und welche Absichten und Erwägungen den Regierungsrat leiten würden. Positiv finde man die politischen Prioritäten, welche vom Regierungsrat in drei Leitsätzen zusammengefasst worden seien. Erstens: Luzern steht für Lebensqualität. Zweitens: Luzern ist ein Innovationsmotor. Drittens: Stadt und Land stärken sich gegenseitig. Auch hinter den beiden vom Regierungsrat definierten Grundsätzen könne die CVP stehen. Erstens: Unsere Politik diene den Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons Luzern. Zweitens: Mit den Ressourcen des Kantons solle haushälterisch umgegangen werden. Dabei sollten in Zukunft bei Leistungen und Strukturen vermehrt gewohnte Qualitätsstandards infrage gestellt werden. Bei diesem zweiten Grundsatz offenbare sich aber das Kernproblem des vorliegenden Legislaturprogramms: mit den Ressourcen haushälterisch umzugehen und Qualitätsstandards von Leistungen und Strukturen infrage zu stellen. Das vorliegende Legislaturprogramm sei ein Programm für die Schönwetter-Periode. Es berücksichtige die finanzielle Lage des Kantons Luzern nicht. Man müsse sich jedoch bewusst sein, dass die Einwohnerinnen und Einwohner den Kanton Luzern an den Taten messen würden und nicht an den Worten. Das Legislaturprogramm enthalte viele gute Ideen. Die gegenwärtige finanzielle Situation bremse den Kanton Luzern darin, grosse Ideen anzugehen. Für viele Vorhaben seien die finanziellen Auswirkungen nicht abschätzbar oder konkrete Umsetzungsschritte seien nicht bekannt. Darum beantrage die CVP-Fraktion, das Hochbauprojekt zentrales Verwaltungsgebäude am Seetalplatz vorübergehend auf Eis zu legen. Sie sei der Überzeugung, dass es im heutigen Zeitpunkt keinen Sinn mache, ein Verwaltungsgebäude für 150 Millionen Franken zu realisieren, zu einem Zeitpunkt, an dem der Kanton gleichzeitig an allen Ecken und Enden Leistungen

hinterfrage. In der heutigen finanziellen Lage sei das Projekt "Waffel" schlicht ein Luxusprojekt. Und dafür habe die Bevölkerung kein Verständnis. Dementsprechend hätte ein solches Projekt bei einer Volksabstimmung keine Chance. Die CVP werde bei der Beratung des Voranschlages 2016 den Antrag stellen, die Planung des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz vorübergehend zu sistieren. Im Weiteren seien der CVP eigenverantwortliche und bürgernahe Gemeinden ein wichtiges Anliegen. Sie sei überzeugt, dass Fusionen von unten wachsen müssen und nicht von oben verordnet werden könnten. Die CVP werde daher die von der PFK eingebrachte Bemerkung, der Kanton solle im Rahmen des Projekts Gemeindereform Gemeindefusionen strategisch nicht forcieren, unterstützen.

Im Namen der SVP-Fraktion tritt Armin Hartmann auf die Vorlage ein. Die SVP zeige sich ob des Legislaturprogramms 2015-2019 wenig euphorisch. In einer schwierigen Zeit mit grossen finanzpolitischen Herausforderungen stelle es weitgehend eine Fortschreibung des bisherigen Kurses dar. Die SVP sehe zu wenig von einer unbedingten Bereitschaft, die Finanzen des Kantons ins Lot bringen zu wollen und dabei auch heisse Eisen anzupacken. Ein Feuer, wie es für ein so grosses Projekt notwendig wäre, könne man nicht erkennen. Zugegeben, die SVP unterstütze viele zentrale Stossrichtungen im Legislaturprogramm. Dazu gehörten beispielsweise die konsequente Verfechtung der Steuerstrategie, die firmenfreundliche Positionierung oder die Förderung der Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Es gebe aber auch Differenzen: Für den Lehrplan 21 sehe die SVP weiterhin eine Volksabstimmung. Die Finanzierung der Volksschule zu Standardkosten beurteile man als nicht machbar und als einseitige Sparübung zu Lasten der Gemeinden. Die kantonale Raumordnungspolitik sehe die SVP kritisch. Für die SVP seien mehr Entwicklungsmöglichkeiten für die Landschaft wichtig und die Kompetenzen der Gemeinden in der Raumplanung seien wieder zu stärken. Nicht mittragen werde die SVP weiterhin die Strukturreform auf Gemeindeebene. Fusionen seien für die SVP dann ein Mittel, wenn Gemeinden auf eigenen Antrieb und fernab von jeglicher kantonaler Strategie und proaktiver finanzieller Förderung ein Zusammengehen anstrebten. Möglich seien auch Fusionen zur finanziellen Sanierung. Eine kantonale Fusionsstrategie lehne die SVP jedoch konsequent ab. Grossfusionen mit der Stadt Luzern werde die SVP aufgrund des notwendigen Gleichgewichts im Kanton Luzern aktiv bekämpfen. Bevor die Strategie wieder aufgenommen werde, wären ohnehin die bereits erfolgten Fusionen zu überprüfen. Die SVP erkenne nicht, dass es den bereits fusionierten Gemeinden heute besser gehe, als den anderen. Eine Differenz gebe es auch in der Haushaltspolitik. Im Kapitel H9 werde das Aufwandwachstum weitgehend als Folge zusätzlicher Bedürfnisse der Bevölkerung dargestellt. Dies sehe man anders. Für die SVP sei der grösste Teil des Aufwandwachstums von der Politik verursacht - seien es nun Bund, Kantone oder auch die Gemeinden. Die SVP sei überzeugt, dass die Mehrheit der Luzerner Bevölkerung keinen Staatsausbau wolle. Insgesamt gebe es beim Legislaturprogramm in den Kernthemen der SVP zu viele Differenzen. Da zusätzlich auch die Grundstimmung des Legislaturprogramms die grossen finanziellen und politischen Herausforderungen im Kanton Luzern nicht abbilde, könne die SVP das Legislaturprogramm in dieser Form nicht mittragen. Die SVP-Fraktion nehme das Legislaturprogramm ablehnend zur Kenntnis.

Im Namen der FDP-Fraktion tritt Patrick Hauser auf die Vorlage ein. Grundsätzlich sei so ein Legislaturprogramm eine schwierig einzustufende Lektüre, die weitläufig aus schwammigen Formulierungen und relativ unverbindlichen Zielsetzungen bestehe. Zwischendurch fänden sich aber auch recht konkrete Aussagen, welche die FDP bejahen oder verneinen könne und welche man in der regierungsrätlichen Politik umgesetzt finde, oder eben nicht. Bei der Aussage "Es braucht eine Konzentration auf das Wesentliche, damit der Finanzhaushalt nicht aus dem Gleichgewicht gerät." handle es sich um eine solche Aussage, welche die FDP aufgrund des vorliegenden Budgets und des AFP zwar als richtig, aber nicht als umgesetzt empfinde. Die zweite Zielsetzung "Luzern ist ein Innovationsmotor" empfinde die FDP als schwierig und die Begründung überzeuge inhaltlich nicht. Die formulierten Handlings-Grundsätze seien gut, allerding sei man gespannt wie das ausgehe, wenn bei Leistungen und Strukturen gewohnte Qualitätsstandards vermehrt in Frage gestellt würden. Man hoffe, mehr dazu zu erfahren anlässlich der Berichte zur Sanierung der ZHB oder dem zentralen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz. Beide Projekte hätten wahrscheinlich nur dann gute Chancen, wenn der erwähnte Handlungsgrundsatz auch konsequent angewendet werde. Die Investition in ein zentrales Verwaltungsgebäude am Seetalplatz sei für die FDP ein wichtiges Thema, dass

im Bericht vorkommen müsse, weil dadurch jährlich wiederkehrend mehrere Millionen Franken Mietaufwand eingespart werden könnten. Zusätzlich sollten weitere Synergien erzielt werden können. Den PFK-Antrag betreffend die Gemeinde-Fusionen könne die FDP-Fraktion so nicht unterstützen. Gemeindefusionen seien wichtig und sollten weiterhin unterstützt werden können. Das Legislaturziel H4, Gesundheit präventiv fördern, sei aus ihrer Sicht sehr offen und wahrscheinlich mit einem grossen Mittelaufwand verbunden, wenn damit auch eine Wirkung erzielt werden solle. Die FDP nehme das Legislaturprogramm zur Kenntnis und sei gespannt auf die genannten Rechenschaftsberichte.

Im Namen der SP-Fraktion tritt Susanne Truttmann auf die Vorlage ein. Die SP sei ernüchtert vom Legislaturprogramm 2015–2019 der Regierung. Das Legislaturprogramm sollte die Mittelfristplanung aufzeigen zur Umsetzung der Kantonsstrategie, dem obersten Planungsinstrument des Regierungsrates. Und die Kantonsstrategie beginne mit dem Motto: Luzern steht für Lebensqualität. In der Strategie nenne die Regierung als einen der drei wichtigen zu stärkenden Pfeiler "die solidarische Gesellschaft, in der die soziale und physische Sicherheit gewährleistet ist". Als weiteren Pfeiler nenne die Regierung "Luzern ist ein Innovationsmotor". In den Handlungsgrundsätzen auf Seite 6 bekräftige das Legislaturprogramm, dass die Politik den Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons Luzern zu dienen habe, und dass die Regierung bei der Erfüllung der Aufgaben und der Planung von Leistungen nie das Ziel aus den Augen verlieren wolle, dass die soziale Wohlfahrt und das Wohlbefinden der Bevölkerung zu fördern seien. Auf Seite 8 seien die Ziele definiert, die objektive und subjektive Sicherheit zu erhalten und einen effektiven Justizvollzug sicherzustellen. Zum Bereich Bildung verspreche die vorliegende Botschaft, dass sich die Zentralschweiz mit ihrem Zentrum Luzern als eine eigenständige Bildungslandschaft behaupte. Die Anpassung der Bildungsangebote an die ändernden Anforderungen werde als nötige Zukunftsaufgabe definiert. So sollten die Luzerner Volksschulen die integrative Förderung als wesentliche Voraussetzung für das individuelle Lernen umsetzen und den Lehrplan 21 einführen. Weiter sollten mit der Stärkung der höheren Berufsbildung und der Weiterbildung attraktive Perspektiven für Berufslaufbahnen geschaffen werden. Und die Hochschulen sollten mit ihren Angeboten in Lehre, Forschung, Dienstleistung und Weiterbildung Motoren, Impulsgeberinnen und Qualitätsgarantinnen für die Entwicklung des Kantons Luzern darstellen. Vom Bereich Kultur, Sport, Freizeit, Kirche verspreche man sich Impulse für das Standortmarketing, den Tourismus und die Volkswirtschaft. Bei der sozialen Sicherheit fokussiere die Botschaft als Grundwerte für die Zukunft "grosse individuelle Freiheiten und ausgebaute soziale Sicherheiten". Arbeit solle sich lohnen. Wirtschaftlich Schwache sollten fair entlastet und die individuellen Prämienverbilligungen weiter verbessert werden. Und ebenfalls auf Seite 12 des Legislaturprogramms sei zu lesen "Wir setzen uns dafür ein, dass Behinderten bedarfsgerechte und angemessen abgegoltene Betreuungsangebote zur Verfügung stehen", bevor dann auf Seite 13 die Angebotsverbesserungen beim öffentlichen Verkehr genannt seien. Lauter schöne Worte, lauter edle Ziele, lauter Lippenbekenntnisse, befürchte die SP-Fraktion heute. Das Programm wäre gut, die Aussichten seien jedoch trüb. Die Situation, wie sie sich heute im Finanzplan darstelle, werde schöngeredet. Wichtige Herausforderungen würden marginalisiert: bezahlbarer Wohnraum, ausreichend Pflege- und Betreuungsplätze, Förderung von Forschung und Innovation, Lehrpersonenmangel, usw. Der Kanton Luzern werde verwaltet und nicht gestaltet. Die Legislaturziele liessen sich mit diesem engen finanziellen Korsett nicht erreichen. Die Erfüllung wichtiger Aufgaben in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Bildung und Soziales drohten auf der Strecke zu bleiben. Es fehle der finanzielle Spielraum, um den Kanton Luzern voran zu bringen. In Tat und Wahrheit heisse die strategische Ausrichtung des Kantons für die nächsten vier Jahre Konsolidierungsprogramm KP 17. Und die wohlklingenden Lippenbekenntnisse im Legislaturprogramm drohten demnächst in der Sackgasse des angesagten Konsolidierungsprogrammes KP 17 stecken zu bleiben. Man stehe vor massiven Zielkonflikten. Die SP wolle nicht, dass die wichtigsten Ziele für die Gestaltung eines zukunftsfähigen Kantons Luzern auf Sand gebaut seien und an der Finanzpolitik scheitern würden. Die SP-Fraktion beantrage deshalb die ablehnende Kenntnisnahme des Legislaturprogramms.

Im Namen der Grünen Fraktion tritt Michael Töngi auf die Vorlage ein. An sich könnte man sagen: Nichts Neues unter der Luzerner Sonne. Man habe vom Regierungsrat ein Legislaturprogramm erhalten, das sich an Luzerner Standards halte. Es beinhalte einige positive Punkte, die er hier erwähnen wolle. Der Regierungsrat lege ein Bekenntnis ab, auch in Zu-

kunft ein attraktiver Arbeitgeber sein zu wollen. Er wolle gute Anstellungsbedingungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, Frauen in Kaderpositionen fördern und Männer in Teilzeitanstellungen. Diese expliziten Aussagen seien neu und darüber freue sich die Grüne Fraktion. Weiter wolle der Regierungsrat explizit den Planungsbericht Polizei umsetzen, mit zusätzlichem Personal sollten die Kriminalitätsbekämpfung und die Präsenz in Problemgebieten erhöht werden. In der Bildung wolle der Regierungsrat die MINT-Fächer stärken und die höhere Berufsbildung stärken. In der Gesundheit werde ein Akzent auf Prävention gesetzt, damit mehr Menschen dank einem gesunden Lebensstil auch gesund blieben. Im Sozialbereich nenne der Regierungsrat die Integration als wichtigen Punkt. Junge, Alte, wenig Qualifizierte sollten ins Erwerbsleben integriert werden. Es solle genügend Betreuungsangebote für Menschen mit einer Behinderung geben und diese sollten bedarfsgerecht und angemessen abgegolten werden. Weiter wolle der Regierungsrat Impulse für eine zukunftsfähige Alterspolitik setzen. Im Verkehr wolle der Kanton neue Busknoten ermöglichen und damit die Kapazitäten deutlich erhöhen und im Bereich Umweltschutz sage der Regierungsrat, dass die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen immer wichtiger werde. Dazu gebe es zwei Bemerkungen. Das sei angesichts der heutigen Debatte nur noch eine Vorbemerkung: Das Legislaturprogramm bleibe sehr allgemein, es gehe nicht in die Tiefe und es zeige keinen grossen Wurf auf. Gerade im Bereich Umwelt- und Klimapolitik bleibe das Programm blass und nehme die Herausforderungen, die sich uns stellten, viel zu wenig auf. Auch in anderen Bereichen bleibe das Programm weit hinter dem zurück, was man von einem aktiven Kanton erwarten würde. Eben, man habe es mit einem Luzerner Programm zu tun. Die zweite Bemerkung, sie schliesse sich natürlich seinen Vorrednern an: Das Legislaturprogramm lese sich wie ein Dokument auf dem Weg von der bisherigen zur neuen Regierung. Überall sei schon die Rede von noch knapperen Finanzen. Zum einen wolle man die Polizei stärken schlage aber die Kürzung von zwölf Stellen vor. Man wolle die MINT-Fächer stärken und dann genau das herauskürzen, gute Anstellungsbedingungen für das Personal und dann das Budget fürs Personal kürzen und längere Arbeitszeiten beschliessen? Man habe ja Verständnis dafür, dass man vieles in so übergeordneten Papieren wie einem Legislaturprogramm eher in Allgemeinplätzen verbleibe und man in der Realität eine etwas andere Politik machen müsse, aber eine solche Diskrepanz zwischen dem vorliegenden Legislaturprogramm und dem, was der Regierungsrat mit dem AFP 2016–2019 vorgelegt habe, dürfe es nicht geben. Die Grüne Fraktion trete auf das Legislaturprogramm ein, nehme es aber ablehnend zur Kenntnis , weil es weder genügend Antworten auf die Herausforderungen unseres Kantons biete und andererseits sei es durch die finanzpolitische Diskussion der letzten Wochen bereits überholt.

Im Namen der GLP-Fraktion tritt Urs Brücker auf die Vorlage ein. In Anlehnung an die Kantonsstrategie lege der Regierungsrat das Legislaturprogramm 2015-2019 vor. Sowohl die drei Leitsätze wie auch die den zehn Hauptaufgaben zugeordneten 29 Legislaturziele seien dabei so schön und mit der notwendigen Unverbindlichkeit und ohne Quantifizierung formuliert, dass es kaum jemandem in den Sinn komme, diese in Frage zu stellen. Auch den Ausführungen in der Ausgangslage bezüglich der politischen und wirtschaftlichen Grosswetterlage könne man durchaus folgen. Es sei richtig, dass sich aus nationalem und internationalem Recht auch für den Kanton Luzern Verpflichtungen ergeben würden, die teilweise einschneidende Auswirkungen auf unseren kantonalen Handlungsspielraum hätten. Dabei habe der Kanton Luzern in finanzpolitischer Hinsicht sicher nicht die schlechtesten Karten. Tiefe Verschuldung, tiefe Steuern, insbesondere bei den juristischen Personen, und eine im Vergleich zu anderen Kantonen günstige Verwaltung, mindestens wie dies der Regierungsrat ausführe. Bei näherem Hinschauen tauche dann allerdings bei einigen Legislaturzielen schon ein grosses Fragezeichen auf. So finde man etwa unter H2, Bildung, das Legislaturziel "Bildungsangebote auf den Arbeitsmarkt ausrichten". Nehme man den AFP 2016–2019 und das Budget 2016, stelle man unschwer die Diskrepanz zwischen dem Ziel und den Massnahmen fest. Immerhin solle demnach ja gerade im Bereich der Berufs- und Weiterbildung massiv gespart werden. Oder unter H7, Umwelt und Raumordnung, heisse das Legislaturziel im Bereich Energie "Energieumbau unterstützen". Tatsächlich würden aber die Gelder für das Energieförderprogramm gegenüber dem ursprünglichen Plan des BUWD um Millionen gekürzt, ohne dass irgendwelche Lenkungsabgaben, welche die Förderung ersetzen würden, in Reichweite seien. Der Teufel stecke im Detail beziehungsweise in der Umsetzung von Massnahmen. Und diese würden eben immer ein Preisschild tragen, welches im Budget und im AFP festge-

legt werde, und den limitierenden Faktor für die Erreichung der Legislaturziele darstellten. Die GLP nehme das Legislaturprogramm zur Kenntnis.

Im Namen des Regierungsrates bittet Bildungs-und Kulturdirektor Reto Wyss den Rat, auf die Vorlage einzutreten. Das Legislaturprogramm zeige, wie der Regierungsrat auf den Wandel der Gesellschaft reagieren wolle. Die Massnahmen seien nicht augenfällig attraktiv, aber realistisch. Augenfällig attraktiv bedeute, dass jetzt nicht die Zeit für spektakuläre Fantasien sei. Realistisch heisse, die Regierung habe einen Plan, wie der Kanton mit seinen Leistungen bei den Leuten bleibe. Um diesen Plan finanzieren zu können, müsse sich der Kanton Luzern noch gewaltig anstrengen. Der Plan der Regierung beruhe auf Lagebeurteilungen sowie politischen Schwerpunkten für jeden Aufgabenbereich und enthalte 29 Legislaturziele. Die Darstellung aller Staatsaufgaben würde den Rahmen hier sprengen, er möchte aber trotzdem einen Eindruck vom Umfang und der Dynamik der kantonalen Leistungen vermitteln. Im Bereich Verwaltung strebe man eine noch fairere Verteilung der Lasten zwischen dem Kanton und den Gemeinden an. Die Regierung baue das E-Government aus und man setze sich dafür ein, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Im Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung werde die Kriminalitätsbekämpfung verstärkt, vor allem im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Bei der Bildung werde auf die Begabungsförderung, die Vielfalt der Lernformen und auf neue Medien gesetzt. Im Bereich der tertiären Bildung werde das Angebot auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet. Im Bereich Kultur werde eine bedeutende Weiterentwicklung des Standorts mit der neuen Theaterinfrastruktur geplant. Bei der Gesundheit werde eine steigende Nachfrage bei der Grundversorgung sichergestellt und die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen werde intensiviert. Bei der sozialen Sicherheit werde die Asylstrategie 2016 mit der Neuorganisation des Unterbringungswesens umgesetzt und es würden Strategien und Massnahmen für den Umgang mit dem Alter entwickelt. Im Bereich Verkehr werde weiter auf die Realisierung des Durchgangsbahnhofes und des Bypasses hingearbeitet. Die einzelnen Verkehrsträger sollten besser verknüpft werden, um die Kapazitäten steigern zu können. Im Bereich des Umweltschutzes und der Raumordnung werde das Angebot vorab auf die Y-Achse konzentriert. Es würden weitere Massnahmen zur Abwehr von Naturgefahren getroffen, konkret mit einem grossen Projekt im Reusstal. Im Bereich der Volkswirtschaft werde an weiteren Entlastungen der Firmen, vor allem im administrativen Bereich, gearbeitet. Bei Finanzen und Steuern werde die Konsolidierung des Finanzhaushaltes angegangen. Dabei wolle man die fiskalischen Errungenschaften bewahren. Die Liste sei exemplarisch und nicht vollständig. Über alle Aufgaben hinweg könne gesagt werden, dass der Kanton steigende Summen in zeitgemässe und bevölkerungsnahe Leistungen investiere. Vielerorts seien aber auch Massnahmen notwendig, die einen Leistungsabbau mit sich bringen würden; ohne entsprechende Korrektur würde der Finanzhaushalt aus dem Lot geraten. Nun sei es eine Frage der politischen Haltung, ob man dieses Legislaturprogramm als eines mit grossen Worten und wenig Ergebnissen abtue, oder ob man finde, es handle sich dabei um bescheidene Worte dafür aber um Leistungen, die sich punkto Dichte und Niveau sehen lassen könnten. Der Regierungsrat sei überzeugt, mit diesem Legislaturprogramm einen richtigen, pragmatischen und zukunftsweisenden Weg einzuschlagen. Einen Weg, zu einem öffentlichen Angebot, das der Bevölkerung nütze und die Ressourcen schone. Die Angaben zur konkreten Umsetzung der 29 Legislaturziele seien im AFP zu finden und würden im Sinne einer rollenden Planung jährlich aktualisiert. Der Regierungsrat beantrage, vom Legislaturprogramm 2015–2019 zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Die PFK reicht die folgende Bemerkung ein: "Der Kanton soll im Rahmen des Projekts Gemeindereform Gemeindefusionen strategisch nicht forcieren."
Claudia Huser, Michèle Bucher, Jörg Meyer sowie der Regierungsrat beantragen, die Bemerkung der PFK abzulehnen.
Im Namen der PFK erklärt der Kommissionspräsident Marcel Omlin, die Bemerkung sei von der PFK grossmehrheitlich unterstützt worden.
Claudia Huser sagt, natürlich könne man damit argumentieren, dass die Zahl der Gemeinden in den letzten Jahren von über 100 auf 83 gesunken sei und dadurch bereits ein Erfolg habe verzeichnet werden können. Die Dringlichkeit der Fusionen habe sich dadurch gelegt. Selbstverständlich sollten Gemeindefusionen nicht erzwungen werden, sondern sie müssten

von den Gemeinden getragen und umgesetzt werden. Der Antrag der PFK erscheine der GLP als falsches Signal. Gemeindefusionen sollten nicht forciert werden. Zeige sich aber in einer Region, dass eine Fusion Verbesserungen bringen könne, solle der Kanton fachlich wie finanziell Hand bieten. Die regierungsrätliche Formulierung mache deutlich, dass nur dort die Instrumente angepasst werden sollten, wo Veränderungen notwendig seien und somit den heutigen Anforderungen wieder entsprochen werde. Deshalb lehne die GLP-Fraktion den Antrag der PFK mehrheitlich ab.
Michèle Bucher lehnt die Bemerkung ebenfalls ab. Es sei nicht zielführend, Auszüge von Positionspapieren einzelner Parteien in das kantonale Legislaturprogramm zu integrieren. Wahrscheinlich habe die PFK bei der Überweisung dieser Bemerkung nicht gewusst, dass sich diese Forderung genauso im CVP-Positionspapier Wirtschaft und regionale Entwicklung finde. Das Problem sei, dass sich die CVP ohne Weiteres auf den Standpunkt stellen könne, dass Fusionen aus den Gemeinden herauswachsen sollten und der Kanton Gemeindefusionen nicht strategisch forcieren solle. Die CVP verbaue sich mit dieser Forderung nichts. Der Rat habe für die Gemeinden im Zuge der damaligen Aufgaben- und Finanzreform noch vor der Jahrtausendwende die Maxime der Leistungsfähigkeit formuliert. Die dafür notwendige Strukturreform sei 1997 gestartet. Durch diese Reform hätten Voraussetzungen geschaffen werden sollen für ressourcenschwache Gemeinden, damit diese sich den neuen Gegebenheiten hätten anpassen können, namentlich durch Fusion. Die Strukturreform sei bis dato nicht abgeschlossen. Der Kanton müsse mit Strategien auf die sich verändernden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und soziodemografischen Rahmenbedingungen reagieren. Der Rat könne es sich deshalb nicht selber verbieten, Gemeindefusionen gegebenenfalls strategisch zu forcieren. Es gehe unter anderem auch darum, dass der Kanton Luzern seine Stellung im schweizerischen Standortwettbewerb halten könne. Den fusionierten Gemeinden gehe es vielleicht nicht besser, als den nicht fusionierten. Aber es gehe ihnen besser, als wenn sie nicht fusioniert hätten. Der Grünen Fraktion gehe es nicht darum, die Gemeinden in ihrer Autonomie beschränken zu wollen, sondern sie wolle vielmehr sicherstellen, dass der Kanton Entwicklungschancen gegebenenfalls aufzeige und ihre Realisation unterstütze.
Jörg Meyer lehnt die Bemerkung im Namen der SP-Fraktion ab. Gerade in der nächsten Zeit werde der Rat oftmals mit der Forderung konfrontiert, über Strukturen diskutieren zu müssen. Diese Bemerkung mache es der Regierung unmöglich, mit Gemeinden über das Thema Gemeindestrukturen zu diskutieren. Die SP sei klar der Meinung, dass es ein Auftrag des Kantons sei, bezüglich dieses Themas aktiv zu bleiben. Der Kanton habe einen gestaltenden Auftrag über die verschiedenen Staatsebenen hinweg und auch die Strukturen im Kanton müssten immer wieder zur Diskussion gestellt werden. Das heisse im Fall der Gemeindefusionen nicht forcieren, sondern begleiten, fördern, kritisch hinterfragen aber auch anstossen. Der Kanton Luzern habe immer noch rund 20 Gemeinden mit 1000 oder deutlich weniger Einwohnern. Gerade in Bezug auf leistungsfähige und effiziente Verwaltungsstrukturen müsse dieses Thema im Auge behalten werden.
Guido Roos unterstützt die Bemerkung der PFK im Namen der CVP-Fraktion. Die CVP werte die Autonomie von leistungsfähigen, bürgernahen und eigenverantwortlichen Gemeinden höher. Fusionen müssten von unten wachsen, man könne diese nicht von oben verordnen. Eine wirkungsvolle Forcierung von Gemeindefusionen würde zudem beträchtliche finanzielle Mittel erfordern.
Armin Hartmann unterstützt die Bemerkung im Namen der SVP-Fraktion. Die finanzielle Förderung von Fusionen sei im Finanzausgleichsgesetz verankert. Diese Bemerkung übe keinen Einfluss auf das Gesetz aus. Das Legislaturprogramm wolle eine neue Dynamik in die Fusionsfrage bringen, was die SVP ablehne. Die gesetzliche Abdeckung reiche bereits. Die SVP lehne in vielen Gemeinden eine Fusionsmüdigkeit fest. Ein grosser Teil dieser Frage sei bereits demokratisch erledigt worden. Es wäre deshalb respektlos, in der Stadt und Umgebung wieder mit dem Thema Fusionen zu beginnen. Man spreche von Strukturreformen bei den Gemeinden, nicht aber beim Kanton. Die Aufwandentwicklung bei den Gemeinden sei deutlich kleiner als beim Kanton.
Im Namen des Regierungsrates lehnt Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss die Bemerkung der PFK ab. Die Regierung müsse weiterhin in der Lage sein, die Zusammenarbeit und die Fusionen von Gemeinden auch strategisch fördern und unterstützen zu können. Die gesetzliche Grundlage ermögliche es der Regierung, finanzielle Mittel zur Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Es müsse der Regierung aber auch weiterhin möglich sein, bei Bedarf handeln zu können, umso die Zusammenarbeit der Gemeinden zu fördern.

Der Rat überweist die Bemerkung der PFK mit 63 zu 48 Stimmen.

Kantonsratsbeschluss über das Legislaturprogramm 2015-2019

Titel und *Ingress* werden in der Detailberatung gemäss Entwurf des Regierungsrates angenommen.

Ziffer 1
Der Regierungsrat beantragt, vom Planungsbericht über das Legislaturprogramm 2015-2019 zustimmend Kenntnis zu nehmen.
Die PFK beantragt, vom Planungsbericht über das Legislaturprogramm 2015-2019 Kenntnis zu nehmen.
Die SP- sowie die SVP-Fraktion beantragen, vom Planungsbericht über das Legislaturprogramm 2015-2019 in ablehnendem Sinn Kenntnis zu nehmen.
Im Namen der PFK erklärt der Kommissionspräsident Marcel Omlin, die Anträge seien der PFK vorgelegen und es sei zwei Mal darüber abgestimmt worden. In erster Abstimmung habe die Kommission die neutrale Kenntnisnahme gegenüber der ablehnenden Kenntnisnahme mit 10 zu 7 Stimmen beschlossen. In der Schlussabstimmung habe die PFK mit 14 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen die neutrale Kenntnisnahme beschlossen.
Susanne Truttmann beantragt im Namen der SP-Fraktion die ablehnende Kenntnisnahme. Die SP sei der Meinung, das Legislaturprogramm führe in eine Sackgasse aufgrund der grossen Zielkonflikte gegenüber dem Konsolidierungsprogramm 2017.
In einer Eventualabstimmung zieht der Rat den Antrag der PFK auf Kenntnisnahme dem Antrag des Regierungsrates auf zustimmende Kenntnisnahme mit 108 zu 5 vor.
In der definitiven Abstimmung stimmt der Rat dem Antrag der PFK mit 66 zu 46 Stimmen zu.
Ziffer 1 lautet somit wie folgt: "Vom Planungsbericht über das Legislaturprogramm 2015-2019 wird Kenntnis genommen."

Ziffer 2 wird gemäss Entwurf des Regierungsrates gutgeheissen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über das Legislaturprogramm 2015–2019, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 66 zu 46 Stimmen zu. Damit nimmt er das Legislaturprogramm 2015–2019 zur Kenntnis.